REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 119 A | BERLIN • Dienstag, den 24. Mai 1932 | 1. JAHRGANG

Triumph der Generäle.

Die Militaristen in Japan. / „Nationale" Frontbildung.

W—er. Der Faschismus kommt jetzt nach und nach zu einem bestimmten Schema der Machtergreifung: Die sich immer mehr verstärkenden Schwierigkeiten, die sich ergeben aus der Wirtschaftskrise, den Mängeln der sogenannten Friedensverträge und der Angriffslust der Imperialisten einerseits und der Abwehrbewegung seitens der organisierten Arbeiterschaft andererseits, führen innerhalb der herrschenden Klasse überall zu einer Verstärkung der Macht derjenigen, die die äußeren Machtmittel in der Hand haben, um den gordischen Knoten dieser Schwierigkeiten so zu lösen, wie er von Menschen mit kleinem Gehirn immer gelöst worden ist: durch Zerschneiden mit dem Säbel. Das Militär, als die Einrichtung, die schon immer „durch Heftigkeit ersetzte, was ihr an Einsicht und an Gründen fehlte", weshalb man ganz falsch seine Maßnahmen als „ultima ratio" bezeichnete, beginnt jetzt, seinen Angriff international ungeheuer zu beschleunigen.

Wir haben erst vor kurzem in Deutschland erlebt, daß der Mann aus dem Reichswehrministerium, dessen Name mit seiner Tätigkeit übereinstimmt, seinen Chef Groener, der gewiß kein linker Umstürzler war, heimtückisch torpedierte, und wir haben erlebt, daß er dafür von Herrn Brüning zu Informationszwecken eingeladen, also gleichsam belohnt wurde. Und wir sehen weiter, daß eben dieser Herr mit dem bezeichnenden Namen unter dem besonderen Schutz Hitlers steht, der den Redakteur Krebs des nationalsozialistischen „Hamburger Tageblatts" aus der NSDAP ausgeschlossen hat, weil dieser in einem Artikel den erwähnten Herrn angegriffen hatte und damit, wie es in der Begründung des Ausschlusses heißt, „die Richtlinien der NSDAP verletzt habe". Der Angriff des Militärs und der reaktionären Bürgerkriegshorden, der Hilfstruppen des Militärs, beginnt sich einzuspielen.

In Japan hat man vor kurzem den Ministerpräsidenten ermordet, weil die Militaristen damit ein Exempel statuieren wollten. Groener ging von selber — vielleicht ist er damit dem Schicksal Rathenaus, Erzbergers, Inukais und anderer Leute entgangen, die es immerhin wagten, nicht völlig auf die Anbahnung friedlicher Beziehungen zu verzichten.

Um den japanischen Militaristen auch die parlamentarische Möglichkeit der Massenwirkung zu verschaffen, hat sich dort eine nationalsozialistische Partei gegründet. Der Erfolg der deutschen NS läßt offenbar die ausländischen Kreise des kleinbürgerlich-militaristischen Größenwahns und „nationalen" Fimmels nicht zur Ruhe kommen. Und die Propaganda des „nationalen Abwehrwillens", des „Wehrwillens", die gedankenlose Plapperei über die „Tribute", die nicht nur von den Nationalisten, sondern auch von Sozialdemokraten und Kommunisten übernommen wurde, die Verherrlichung Scheringers und anderer Nationalisten zum Beispiel, ja, der vor kurzem erfolgte Vorschlag eines Sozialdemokraten im „Freien Wort": die Sozialdemokraten sollten mit den NS in Konkurrenz treten und die Orden und Ehrenzeichen aus der Kriegszeit, diese Prämien der Schlachtkunst, anlegen — alle diese tollhäuslerischen Entgleisungen, die der „Funke" und vor und neben ihm der „ISK" nicht müde geworden sind, anzuprangern, sie haben dazu geführt, daß die Saat des Nationalismus, dieser fressenden Seuche im Völkerleben, groß aufgegangen ist. Die Geister, die man rief, kann man nun nicht mehr bannen, und die Leidtragenden werden die Arbeiter sein.

*

Ueber die Ereignisse in Japan erfahren wir im einzelnen folgendes:

Die Neubildung der Regierung in Japan stößt auf große Schwierigkeiten. Die Bemühungen Suzukis, der seit Freitag Vorsitzender der konservativen Seyukai-Partei ist, sind am Widerstand militärischer Kreise gescheitert. Am Sonntag wurde daraufhin der 75jährige Admiral Saito mit der Regierungsbildung betraut. Er gehört keiner Partei an. Es wird erwartet, daß er Mitglieder beider Parlamentsparteien, der konservativen Seyukai und der liberalen Minseito, in sein Kabinett, das einen nationalen Charakter haben wird, einschließen wird. Admiral Saitos politische Gesinnung wird als liberal bezeichnet. Das Regierungsorgan „Asahi" nennt ihn einen erfahrenen und großzügigen Staatsmann, der einen sicheren und vernünftigen politischen Kurs verfolgen werde. In den älteren militärischen Kreisen ist man mit Saitos Ernennung zum Ministerpräsidenten als Vertreter des Militärs befriedigt. Die reaktionären jüngeren Offizierskreise bringen Saito jedoch wenig Sympathie entgegen. Um jeden Ausbruch von Unruhen von dieser Seite zu vermeiden, hat die Tokioter Polizei alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen. An allen wichtigen Punkten der Stadt sind verstärkte Polizeiwachen aufgestellt.

Es ist fraglich, ob die Militärs sich mit diesen Forderungen zufriedengeben; sie sehen in der engen Verbindung Suzukis zu der Sejukai-Partei eine Gefährdung ihrer faschistischen Absichten. Es bleibt abzuwarten, ob Suzukis Bemühungen an diesem Widerstand scheitern oder ob er sie überwinden kann.

Wie es heißt, soll sich am Sonnabend in Tokio eine neue Partei unter dem Namen „Nationalsozialistische Partei Japans" gebildet haben, die sich die Aufgabe gestellt hat, den Klassenkampf durch die Zusammenarbeit aller Schichten des japanischen Volkes zu unterdrücken. — Was von dieser „Zusammenarbeit" zu erwarten ist, geht schon aus der widerspruchsvollen Forderung hervor, daß das ganze Volk zur Unterdrückung eines Teils des Volkes zusammenstehen soll.

Die Kämpfe in der Mandschurei gehen inzwischen unaufhaltsam ihren Gang; chinesische und japanische Truppen verbeißen sich immer wütender ineinander. Charakteristisch für die Haltung der mandschurischen Regierung Puji ist ihre Absicht, die chinesische Ostbahn in „Nordmandschurische Eisenbahn" umzutaufen — auch aus den Namen in dem annektierten Gebiet sollen die Hinweise auf die chinesischen Rechte verschwinden!

AUS DEM INHALT

Artikel 48 macht Schule.
Bremen in der Krise.
Das Ringen um die Einheitsfront.
Anarchismus, Kommunismus und Gewerkschaften in Spanien.
Um die Preußenregierung.
Aus der Werkstatt der Krisenmacher.

Die Lage der deutschen Sozialversicherung.

Von Theodor Hüpeden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Sozialversicherung bei den Sozialpolitikern der ganzen Welt als besonders fortschrittlich. Wohl war sie — verglichen mit vielen anderen Ländern — gut ausgebaut. An der Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat sie natürlich niemals etwas geändert. Sie brachte nur kleine Korrekturen darin an zu Gunsten der Armen und Ausgebeuteten. Worauf war sie wirtschaftlich gegründet? Sie war, obwohl organisatorisch zersplittert, versicherungstechnisch gut aufgebaut und konnte sich auf eine Wirtschaft stützen, in der seit Schaffung der ersten Zweige der Sozialversicherung (1881) verhältnismäßig wenige und nur geringfügige Stockungen und Erschütterungen eingetreten waren. Die Blüte der Wirtschaft brachte auch ein Aufblühen der Sozialversicherung; es ging ihr gut. Die erste Erschütterung brachte der Krieg, die zweite kam mit der Inflation. Krieg und Inflation haben die nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten angelegten Kapitalreserven der rentenzahlenden Zweige der Sozialversicherung vernichtet. Mit dem kapitalistischen Versuch einer Sanierung der durch die Inflation bis zum Aeußersten gefährdeten Wirtschaft kam in den Jahren 1924/25 auch die erste Sanierung der Sozialversicherung. Dabei wurde ihr aber das frühere Recht der Ansammlung größerer Kapitalreserven zum größten Teil genommen. Sie wurde auf diese Weise ganz anders als früher auf Gedeih und Verderb mit der Wirtschaft verbunden.

Der Zusammenhang zwischen der Sozialversicherung und der Lage der Wirtschaft ist klar: Rücklagen im Wege der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität sind in der kapitalistischen Wirtschaft nur möglich, solange noch genügend und nicht all zu schlecht bezahlte Arbeiter produktiv in der Wirtschaft beschäftigt werden. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden in Deutschland für den einzelnen *beschäftigten* Arbeiter und Angestellten (aktive Arbeiter) erhoben. Die Last der Sozialversicherungs-Leistungen wird also hier in der Hauptsache von den aktiven Arbeitern getragen. Je größer die Last wird, um so notwendiger wird wirtschaftlich eine Erhöhung der Beiträge bei gleichbleibenden oder wachsenden Leistungen, und je mehr die Zahl der Leistungsempfänger (inaktiven Arbeiter) anwächst, um so weniger Beiträge gehen ein, um so drückender wird also im deutschen Sozialversicherungs-System die Beitragslast für die aktiven Arbeiter.

Zur Veranschaulichung dieses Tatbestandes lassen wir hierunter für die Jahre 1913 und 1925 bis 1931 eine Uebersicht des Volkseinkommens und der auf Lohn und Gehalt sowie auf Leistungen der Sozialversicherung entfallenden Anteile des Volkseinkommens folgen.

Jahr	Volkseinkommen in Milliard. M oder RM	Davon entfielen auf Lohn oder Gehalt jeweilig. Kaufkraft:	Davon entfielen auf Leistungen der Sozialversicherung jeweilig. Kaufkraft:	Höchstzahl der Erwerbslosen in Millionen
1913	45,7	20,7	0,96	0,5—0,6
1925	59,9	33,8	2,23	1,5
1926	62,6	34,9	2,61	2,1
1927	70,7	38,9	3,79	2,0
1928	75,4	42,7	4,48	1,8
1929	76,1	43,0	5,31	3,05
1930	70,0	40,0	5,72	4,4
1931	55,0	33,0	5,14	5,7

Die Presse gegen NS-Terror.

e Dessau, 21. Mai.

In der Sonnabend-Sitzung des anhaltischen Landtags ordnete der neue Landtagspräsident Nicolai (NS) an, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seeger, Redakteur des „Volksblatts für Anhalt", habe sofort den Pressetisch zu verlassen. Begründung: die NSDAP sei es ihrer Ehre schuldig, nicht einen Menschen am Pressetisch zu dulden, der seit Jahr und Tag die NSDAP mit Schmutz bewerfe. Die Linke beantragte daraufhin Einberufung des Aeltestenrats; der Antrag wurde aber abgelehnt. Das ganze ist eine offenbare Herausforderung und der Beginn einer *offenen* Messung der Kräfte — nach Art der NS-Methoden mit anderen als geistigen Waffen.

h Berlin, 22. Mai.

Gegen die Maßnahme des anhaltischen Landtagspräsidenten gegen den Redakteur Seeger hat der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Nach übereinstimmenden Meldungen hat der neugewählte Präsident des anhaltischen Landtages in Dessau den leitenden Redakteur eines dortigen Blattes vom Pressetisch des Landtages und damit aus dem Sitzungssaal verwiesen mit der Begründung, der betreffende Journalist habe in seiner beruflichen Tätigkeit die Partei, der der Präsident angehört, beleidigt. Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse erblickt in dieser Anweisung des Präsidenten einen bisher unerhörten Angriff auf die freie journalistische Berufsausübung. Er erhebt deshalb aufs schärfste Einspruch gegen diese Anweisung und gegen jeden gleichgerichteten Versuch, die freie Arbeit der Presse unter die willkürlichen Maßstäbe parteipolitischer Empfindlichkeiten zu stellen."

*

Damit unternimmt der Reichsverband eine Aktion, die weitestgehende Unterstützung verdient. Wenn die Parole eines Proteststreiks nicht so abgegriffen wäre, sollte sie hier ausgegeben werden, um den Herrn Präsidenten des anhaltischen Landtags zum Teufel zu schicken.

Die Uebersicht zeigt für das Jahr der niedrigsten Erwerbslosenziffer (1913), daß die Sozialversicherungs-Leistungen nicht ganz 1/30 der Lohnsumme und weniger als 1/46 des ganzen Volkseinkommens ausmachten. In 1925 betrug die Sozialversicherungs-Leistung 1/18 der Lohnsumme aller Lohn- und Gehaltsempfänger und 1/27 des gesamten Volkseinkommens, während dieselben Verhältniszahlen für 1931 — das Jahr der größten Arbeitslosigkeit — sich auf 1/8 der Lohnsumme und 1/11 des Volkseinkommens belaufen.

Der in der deutschen Sozialversicherung bestehende Zwang zur Versicherung hat zunächst eine Kaufkraftverschiebung zu Gunsten der Aermsten im Volke herbeigeführt. Eine solche Verschiebung von Kaufkraft nützt aber auch immer der Konsumgüterproduktion, also den Bauern und allen andern für den Massenkonsum arbeitenden Gewerben. Von den heute hinter HITLER und der Reaktion herlaufenden Bauern und kleinen Gewerbetreibenden werden diese beiden Tatsachen völlig übersehen, und diese verführten und verhetzten Volksteile stimmen darum vielfach in den Ruf des reaktionären Unternehmertums ein: Fort mit der Sozialversicherung!

Von den 5 Milliarden Mark Volkseinkommen, die heute noch für die Invaliden, Kranken und Arbeitslosen reserviert sind, wollen die Kapitalisten und ihre politischen Freunde ihren Profit vorwegnehmen. Sie wissen vor allem, daß diese Kaufkraft der Aermsten noch einen Schutzwall der aktiven Arbeiter bildet gegen die großindustriellen Bestrebungen zur Einführung von Hungerlöhnen. Auch die aktiven Arbeiter selber sollen gegen die Sozialversicherung mobil gemacht werden. Man spricht von ihrer zu hohen Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge. Man spricht — nicht ganz mit Unrecht — von der hohen Belastung der Versicherung durch Verwaltungskosten. So hofft man, sie für den Abbau der Sozialversicherung zu gewinnen. Gewisse Erfolge dieser ganzen Propaganda sind schon zu verzeichnen, z. B. die Befreiung einzelner Branchen des Bergbaus von der Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung.

Die Ausbeuterklasse Deutschlands will — wie am Lohn — so auch an den Sozialversicherungs-Leistungen sparen, um ihren eigenen Anteil am Volkseinkommen zu vergrößern und die Lasten der Krise auf die Volksmassen abzuwälzen. Die Regierung BRÜNING hat sich bisher nur mit *verhältnismäßig* kleinen Abbaumaßnahmen herausgewagt — verglichen mit dem großen Schlag, der erst kommen soll. Die Projekte dafür liegen noch in den Schreibtischen des Reichsarbeitsministeriums. In eingeweihten Kreisen ist man sich aber längst einig, daß ein erheblicher Abbau der Leistungen der Sozialversicherung in nächster Zeit erfolgen müsse. STEGERWALD wartet wohl nur auf einen günstigen Augenblick — vielleicht auf die Unterstützung, die seine Regierung zur Durchführung dieser Aktion durch eine Regierungsbeteiligung der NS bekommen könnte.

Wir werden weiter über die finanzielle und organisatorische Lage der deutschen Sozialversicherung im einzelnen berichten, um unsere Leser über die in der nächsten Zeit in den Vordergrund rückenden Probleme der einzelnen Zweige der Sozialversicherung zu informieren. Die „Korrekturen" an der kapitalistischen Eigentumsverteilung, die noch zu Gunsten der Ausgebeuteten bestehen, sind bedroht! Die Arbeiterschaft hat auf diesem Gebiet viel zu verlieren.

Der ratlose Völkerbundsrat.

Drohung statt Hilfe.

Die Beratungen des Völkerbundsrates über den österreichischen Hilferuf sind in den alten Gegensätzen, die hinsichtlich der Donaufrage zwischen den europäischen Großmächten bestehen, gescheitert. England, Italien und Deutschland hatten sich schon bereit erklärt, Oesterreich durch eine Anleihe aus den akuten finanziellen Schwierigkeiten zu helfen, wenn auch Frankreich mitwirken würde. Die französische Regierung hat das abgelehnt. Die Vertreter der vier Großmächte waren sich auf der Londoner Donautagung einig geworden, daß eine wirksame Hilfe für die Donaustaaten über das Gewähren von Anleihen hinausgehen müsse; die Vertreter Frankreichs beriefen sich jetzt darauf und forderten als Bedingung für die Verhandlungen über eine Anleihe, daß man sich erst auf den TARDIEU-Plan einige, eine Herausforderung, die natürlich von deutscher Seite mit einer Wiederholung der deutschen Donau-Vorschläge beantwortet wurde.

Die ganze langwierige Verhandlung endete, wie das nicht anders zu erwarten war mit der Einsetzung eines Ausschusses, der prüfen soll, welche finanziellen Mittel zur Ueberwindung der Krise Oesterreichs und der übrigen Donauländer aufgewandt werden müssen. Außerdem richtete der Völkerbundsrat einen dringenden Appell an Oesterreich, seinen finanziellen Verpflichtungen aus den Völkerbundsanleihen von 1923 nachzukommen und also ja keine Moratoriumserklärung vorzunehmen. Statt des erbetenen Rats, wie es aus der Krise herauskommen könne, hat Oestereich also nur eine wenig entgegenkommende Mahnung erhalten. Wie es ihr bei seinem zusammengeschmolzenen Gold- und Devisenbestand nachkommen kann, ist nach wie vor seine Sache.

Am erschütterndsten bei diesen trostlosen Verhandlungen ist die Tatsache, daß die Beratungen über das Donauproblem auch noch nicht um einen Schritt über den Stand der Londoner Konferenz hinausgerückt sind. Diese Tagung in London — Anfang April — war resultatlos verlaufen; der deutsch-französische Gegensatz erwies sich als zu stark. Immerhin faßte man Pläne für die Weiterarbeit: In Genf sollten sofort Ausschüsse eingesetzt werden, die an der Bereinigung der Lage arbeiten sollten; die Großmächte sollten Denkschriften über ihren Standpunkt ausarbeiten und diese einander zusenden. Ansätze in dieser Richtung sind gemacht worden. Klarer ist dadurch nichts geworden.

Außer mit der Finanzlage Oesterreichs beschäftigte sich der Völkerbundsrat noch mit einer deutsch-polnischen Streitfrage, einer Minderheitenangelegenheit: Deutschland klagt, daß bei der polnischen Agrarreform in Posen und Pommerellen, die in der Parzellierung großer Güter besteht, die deutschen Großgrundbesitzer erheblich stärker herangezogen würden als die polnischen Besitzer. Auch diese Klage landete bei einem Untersuchungsausschuß, der dem Völkerbund in dessen Septembertagung Bericht erstatten soll.

Nach diesen Leistungen wurde die Tagung des Völkerbundsrats geschlossen.

Artikel 48 macht Schule.

Regierungskrise in Griechenland.

u **Athen**, 21. Mai.

Ministerpräsident VENIZELOS kündigte am Sonnabend in der Kammer den Rücktritt der Regierung an. Er empfahl, aus der demokratischen Opposition eine neue Regierung zu bilden, um Unruhen vorzubeugen, die für den Fall der Uebernahme der Regierung durch die Partei der Monarchisten nach seiner Auffassung sicher entstehen würden.

Im Verlaufe seiner Kammerrede verteidigte VENIZELOS unter Berufung auf den Artikel 48 der deutschen Reichsverfassung die von ihm geplante Einschränkung der Pressefreiheit bei Sondergefahren, die vermutlich den Anlaß zur Rücktrittserklärung gegeben hat.

Nach der Kammersitzung fuhr VENIZELOS zum Staatspräsidenten ZAIMIS, um das Rücktrittsgesuch zu unterbreiten. Die abdankende Regierung ist entschlossen, den Kampf gegen die streikenden Beamten unerbittlich durchzuführen.

u **Athen**, 22. Mai.

Infolge des Rücktritts der griechischen Regierung ist der Streik der Post- und Telegraphen-Beamten, die sich gegen die Sparmaßnahmen des nunmehr zurückgetretenen Ministerpräsidenten VENIZELOS aufgelehnt hatten, abgeflaut. Dagegen ist die Stimmung für einen allgemeinen Streik lebhafter geworden, zumal die Eisenbahner und Bäcker sehr streikbereit geworden sind. Da eine weitere Ausdehnung des Streiks erwartet wird, wird sowohl in Athen wie auch in der Provinz das Militär in Bereitschaft gehalten. Es sind strengste Befehle ausgegeben worden, jeden Versuch der Ruhestörung im Lande während der Dauer der Regierungskrise sofort zu unterdrücken.

e **Athen**, 23. Mai.

Die Streiklage in Griechenland hat sich weiter verschärft. Auch die Eisenbahner Mazedoniens sind in den Streik getreten. Der Simplon-Expreß blieb an der griechisch-serbischen Grenze liegen. Das Personal hat alle Züge auf offener Strecke verlassen. Die Behörden versuchen mit Hilfe des Militärs, die Züge wieder in Fahrt zu setzen. Die Straßenbahner in Saloniki und die Tabakarbeiter in Volo haben sich gleichfalls dem Streik angeschlossen. Gerüchte über ein bevorstehendes Eingreifen des früheren Diktators PANGALOS sind im Umlauf.

1464 358 Wohlfahrtserwerbslose in Preußen.

h **Berlin**, 21. Mai.

Während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge saisonmäßig zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im April weiter erhöht. Nach der Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamts vom 30. April 1932 sind in Preußen 1 464 358 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose (einschließlich der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 1 414 590 Ende März. Die Zunahme während des April beträgt also 49 768 (März 85 206, Februar 89 079, Januar 105 110).

Der litauische Untersuchungsrichter, der den Fall MEYER-BECKERS bearbeitet, hat heute morgen gleich nach seiner Rückkehr aus Memel die Freilassung des in Haft befindlichen Reichsdeutschen BECKERS verfügt. Die Haftentlassung erfolgt gegen eine Kaution von etwa 1500 Mark und unter der Bedingung, daß BECKERS bis zur Erledigung der Formalitäten in Kowno bleibt.

Feuer wütet.

Ein Zelluloid-Lager brannte, mit 20 Meter hohen Stichflammen, in den Räumen der Freihafen-Lagerhausgesellschaft in Hamburg.

•

Vollkommen niedergebrannt sind drei langgestreckte Fabrikgebäude (Gesamtausdehnung 10 000 qm) der Deutschen Industriewerke in Spandau.

Ein Dachstuhlbrand machte am Sonntag der Berliner Feuerwehr in der Brandenburgstraße, Ecke Moritzstraße, zu schaffen.

•

Hasen und junge Rehe starben in Scharen bei einem Brande in der Wahner Heide bei Köln. 1000 Morgen Heideland (neuzeitliche Kulturen und Ginster) wurden durch den Brand verheert.

•

100 Morgen 30- bis 40jähriger Kiefernbestände brannten nieder im Gebiet der Oberförsterei Schwerin (Warthe). Ursache: unachtsames Fortwerfen von Zigarrettenstummeln.

Viele Tausende von Möven bauen ihre Nester auf der Möveninsel Lünow bei Brandenburg. Der Mövenbesuch ist dort in diesem Jahre besonders stark.

PORGY.

Ein Neger-Roman von *du Bose Heyward*.

(Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfolger Verlag. Berlin.)

(27. Fortsetzung.)

„Wir werden uns jedenfalls dazuhalten müssen!" sagte er. „Wenn erst die Septemberstürme kommen, ist's vorbei, denn die Fische mögen keinen Ostwind und aufgewühltes Schlammwasser!"

Jake lachte zuversichtlich.

„Was du für Unsinn redest! Du weißt doch, daß wir erst im vorigen Herbst so tolles Sturmwetter hatten, und daß das nie zwei Jahre hintereinander kommt!"

Seine Frau, ein kleines Kind auf dem Arm, trat auf ihn zu, gab es ihm zum Halten und griff nach einem Gericht Fische, die er nur sehr schlecht geschuppt hatte.

„Wenn du das nicht besser kannst", sagte sie verächtlich, als sie die Pfanne wegtrug, „ist's richtiger, du verwartest das Kind und läßt deine Frau Männerarbeit machen!"

Darüber lachten die Fischer — Jake, wenn auch ein wenig beschämt, selbst am lautesten. Er schaukelte den kleinen Neger auf seinen starken Armen, während sein Blick bewundernd der davongehenden Mutter folgte.

„Also, Leute!" sagte er, auf sein Anfangsthema zurückkommend. „Ich meine, wir sollten so bald als möglich rausfahren. Wir müßten morgen, um vier Uhr früh, mit der ‚Möwe' aufbrechen und erst hinter den Sandbänken vor Anker gehen. Ich bin felsenfest überzeugt, daß wir dann das ganze Schiff voll Fische haben, wenn wir morgen abend nach Hause kommen!"

Die Nachricht von Jakes Vorhaben verbreitete sich rasch im ganzen Negerviertel, und auch andere Mannschaften setzten darum schleunigst ihre Fahrzeuge instand, um mit der „Möwe" zusammen in See zu stechen.

Als am anderen Morgen die Sonne aus dem Ozean auftauchte, hoben sich die dreißig bis vierzig schlanken Boote am Horizont nur noch als kleine Pünktchen gegen ihre rote Riesenscheibe ab, die hinter ihnen schneller und schneller emporstieg.

Am Nachmittag wimmelte der Kai von Frauen und Kindern, die lachten und scherzten. Eifrig erörterten sie untereinander den zu erwartenden Verdienst ihrer Männer und die Aussichten jedes einzelnen Bootes, das da draußen auf dem Meer war.

Clara, die Frau Jakes, hatte schon lange vor Sonnenuntergang den Hafen aufgesucht und saß, ihr schlafendes Kind auf dem Schoß, wartend auf der äußersten Spitze des Kais. Gelegentlich wechselte sie wohl einen Gruß mit einem Bekannten, meist aber starrte sie, ohne ein Wort zu sprechen, auf die Hafeneinfahrt.

„So ist sie immer!" erklärte eine Nachbarin einer kleinen Gruppe von Frauen. „Eine Wahrsagerin hat ihr nämlich geweissagt, daß ihr Jake einmal ertrinken wird. Sie findet keine Ruhe, eh' er nicht wieder festen Boden unter den Füßen hat!"

Jetzt entstand unter den Wartenden lebhaftes Gemurmel. Draußen vor der Hafeneinfahrt tauchte, sich gegen das lichte Grün-Blau des Horizontes abhebend, die kleine Fischerflottille auf. Von einer steifen Brise getrieben, fegten die Boote mit erstaunlicher Geschwindigkeit heran.

Warm flutete der Schein der im Westen stehenden Sonne über die alte Stadt und wob einen vergänglichen Glorienschein um sie, dann breitete er sich über die brandende Bucht, wo er die windgeschwellten Segel der zurückkehrenden Boote lachsrosa färbte.

Bevor die wartende Menge noch recht zur Besinnung kam, waren die Schiffe schon da, legten die Segel um, und jedes suchte nach einem günstigen Anlege- und Ausladeplatz.

Von Jake gewandt und verwegen gesteuert, benutzte die „Möwe" jeden Vorteil, fuhr um Haaresbreite am Heck eines anderen Schiffes vorbei, legte plötzlich platschend die Segel um und machte direkt an der alten Steintreppe des Kais fest.

Die Menge brach in tosenden Beifall aus. So glücklich war noch nie ein Fang gewesen. Das ganze Innere der Boote gleiste und glitzerte silbrig von Fischen, die so hoch aufgestapelt waren, daß kaum noch Platz für die Mannschaft gewesen . . .

Am folgenden Morgen war das Wetter unsicher geworden. Der Wind wehte zwar noch immer aus dem Westen, doch trotz dem vielversprechenden Sonnenuntergang am vorhergehenden Abend war eine niedrige, aber dichte Wolkenwand aufgestiegen. Ab und zu riß der Wind Teile von der schwarzen, immer höher werdenden Masse los und wirbelte sie mit größter Schnelligkeit zum Himmel empor, wo er sie im Osten zu schwankenden Pyramiden zusammenballte.

Der Erfolg vom Tage zuvor hatte die Fischer so begeistert, daß sie sich so leicht nicht abschrecken ließen. Schon beim ersten Heraufdämmern des Morgens waren alle auf dem Kai mit den letzten Vorbereitungen zur Abfahrt beschäftigt.

Clara hatte, mit ihrem Kind auf dem Arm, Jake zum Landungssteg begleitet. Sie wußte, daß jeder Versuch, ihn von dem Unternehmen abzubringen, aussichtslos war, und beobachtete darum voller Angst die dahinjagenden, schweren, schwarzen Wolken. Als eine Welle, die klatschend an einem Pfahl zersprühte, ihn den stäubenden Gischt ins Gesicht warf, stöhnte sie tief auf und blickte flehend ihren Mann an, der neben ihr stand. Der aber hatte alle Hände voll zu tun und war außerdem ein bißchen verstimmt, weil sie wieder dauernd auf ihn eingeredet hatte, doch lieber seinen Anteil an der „Möwe" zu verkaufen und sich an Land eine Beschäftigung zu suchen.

Jetzt war alles fertig, und Jake rief:

„Dann also vorwärts, Leute!"

Während er seine Frau zum Abschied flüchtig umarmte, blickte er über ihre Schulter auf das wolkenverhangene Meer hinaus, wandte sich dann, nervös geworden, rasch von ihr ab und sprang vom Kai in das Boot hinab. An dessen Bug stehend, feuchtete er mit der Zunge einen Finger an und hielt ihn hoch in die Luft. (Fortsetzung folgt.)

Das Ringen um die Einheitsfront.

Einheitsfront in Teltow und Bernau / *Von Fritz Grob.*

In den Wochen seit der Wahl am 24. April ist das Verlangen nach der Einheitsfront in weiten Kreisen der Arbeiterschaft merklich gewachsen. In verschiedenen Orten hat dies Verlangen bereits zu einem zeitweiligen Zusammengehen der verschiedenen Richtungen, besonders sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter geführt. Besonders bemerkenswert daran ist, daß diese örtlichen Einheitsfronten nicht unter der Führung irgend einer der Parteien stehen, sondern tatsächlich überparteilichen Charakter tragen. Das zeugt von dem ernsten Willen zur Einheitsfront, der sich jetzt bei Arbeitern Bahn bricht.

Wir haben allen Anlaß, uns die Bedingungen der Einheitsfront an diesen Beispielen, wo sie gelungen ist, klarzumachen, damit wir kraftvoll die brennende Aufgabe der Einheitsfront fördern können.

Was ist in *Bernau* und *Teltow*, zwei Städten mit 10 000 und 6000 Einwohnern nördlich und südlich von Berlin, wirklich geschehen?

Nach unseren Ermittlungen an Ort und Stelle fand in Teltow am 1. Mai eine gemeinsame Demonstration der Arbeiter *aller* Richtungen statt. 1300 Menschen, etwa zur Hälfte SP- und zur Hälfte KP-Anhänger, marschierten für die Vierzigstunden-Woche mit Lohnausgleich, gegen die Notverordnungspolitik der BRÜNING-Regierung, gegen den Terror des Faschismus. 1300 Menschen, das sind fünfzig Prozent der Teltower KPD- und SPD-Wähler zusammen. Das wären in Hamburg 170 000 demonstrierende Arbeiter, und in Berlin müßten siebenhunderttausend marschieren, wenn wir eine gleich starke Beteiligung wie in Teltow voraussetzen. 1300 ist für Teltow ein gewaltiger Zug, und er war nur möglich, weil eine Einheitsfront zustandegekommen war. „Na, wenn wir getrennt marschiert wären," sagte ein Genosse, „wären natürlich nicht so viele mitgegangen. Im Vorjahr waren es viel weniger."

Wie kam diese Einheitsfront zustande? Wer war führend bei ihrer Bildung? Diskussionen auf der Stempelstelle und sonst in der Oeffentlichkeit und auch in den einzelnen Organisationen hatten die Situation reif gemacht für die Bildung einer Einheitsfront. Die KPD-Führung des Ortes trat an die SPD-Leitung und an das Ortskartell der freien Gewerkschaften heran und forderte sie auf zu einer Besprechung über die Demonstration am 1. Mai. Die Vertreter der verschiedenen proletarischen Organisationen, die Vorsitzenden des ADGB-Ortskartells, der KPD, der SPD, der Sportler u. a., traten noch am Freitag vor dem 1. Mai zusammen. Sie einigten sich, gemeinsam in dem Zug zu demonstrieren, den die Gewerkschaften für den 1. Mai bei der Polizei angemeldet hatten. Die Einigung auf die genannten Parolen kam zustande, ohne daß — dies müssen wir besonders betonen — eine Gruppe etwas von ihrer parteipolitischen Ueberzeugung preisgab. Die Ansprachen des ADGB-Kollegen und des kommunistischen Genossen am Schluß der Demonstration auf dem Schützenplatz waren frei von parteipolitischen Auseinandersetzungen, so wie es vereinbart worden war. War das Zustandekommen der Einheitsfront, war die Maidemonstration ein Erfolg der kommunistischen Politik? Auch das ist wichtig zu betonen: Weder sind die kommunistischen Arbeiter in die sozialdemokratische Front, noch die Sozialdemokraten in die kommunistische Front eingeschwenkt. Keine der beiden Parteien war führend. Die Einheitsfront in Teltow ist allein der Einsicht der führenden Genossen vom ADGB, von der KPD und SPD zu verdanken, die alle Reibereien und Sticheleien im Interesse einer gemeinsamen Sache bei Seite ließen.

Auch in Bernau ist der starke Eindruck, den die gemeinsame Demonstration bei allen Arbeitern gemacht hat, noch sehr lebendig. Ein Gefühl der Befreiung und Befriedigung, ja Regsamkeit spürt man aus den Berichten der Arbeiter über ihre Maidemonstration. Sie beschreiben die Länge des Zuges, seine Geschlossenheit mit den vielen roten Fahnen und zeigen mit Stolz die Bilder von der Demonstration. 2500 Arbeiter demonstrierten am 1. Mai in Bernau. Das sind über fünfzig Prozent der KP- und SP-Wähler in Bernau.

Die Einheitsfront des 1. Mai in Bernau hatte eine andere Vorgeschichte als die in Teltow. Schon am 25. April, einen Tag nach den Preußenwahlen, fand eine gemeinsame Protestkundgebung der KP und SP gegen den blutigen Naziterror statt, dem in der Wahlnacht ein „Reichsbanner"-Mann zum Opfer gefallen war. Ohne parteipolitische Schärfen sprachen nach einander ein SPD- und ein KPD-Redner. Von beiden wurde die Bereitschaft zu weiteren gemeinsamen Veranstaltungen erklärt. Der Boden für eine gemeinsame Demonstration am 1. Mai war vorbereitet. Der Vorsitzende des ADGB-Ortskartells, SASSE, ergriff die Initiative und lud die KP- und SP-Vertreter zu einer Besprechung über eine gemeinsame Demonstration, die auch beschlossen wurde. Die Parolen waren die gleichen wie in Teltow. Der Maiaufruf wurde allein von dem Ortskartell der freien Gewerkschaften Bernau unterzeichnet, dem nebenbei bemerkt auch ein Kommunist angehört.

Was lehren uns Bernau und Teltow? In bezug auf die *Vorbereitung der Einheitsfront zeigt Teltow, daß auch ohne* den besonderen Anlaß eines Nazi-Ueberfalls, wie in Bernau, die Einheitsfront gebildet werden kann, *wenn die Arbeiter es wollen.* Sachliche Diskussionen und vor allem der ehrliche Wille können zu jeder Zeit zu dem Entschluß führen:

Wir gehen jetzt zusammen für unsere Klassenforderungen. Wir haben genug Forderungen gemeinsam, die wir als Parolen herausheben können. Die trennenden lassen wir bei Seite. Die kennen wir, die haben wir uns jahrelang genug um die Ohren geschlagen, ohne uns über die, die wir gemeinsam haben, zu verständigen und sie durchzusetzen.

Daß die Genossen in Teltow und Bernau noch heute sehr angetan sind von ihrem Zusammengehen, das ist nur dadurch möglich, daß sich alle verantwortlich Beteiligten an die getroffenen Vereinbarungen gehalten haben, daß sie nicht versucht haben, den anderen Teil übers Ohr zu hauen durch Bruch der Ueberparteilichkeit. Das ist auch die wichtigste Bedingung für das Zustandekommen der Einheitsfront und für ihre Erhaltung. Die Mißachtung der Ueberparteilichkeit, ihre Verletzung in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, besonders in den Gewerkschaften von KP sowohl wie SP, das ist nicht zuletzt die Ursache für die Lähmung der Kampfkraft der Arbeiterklasse trotz schwerster Vorstöße der Reaktion. Diese Lehre gilt es endlich festzuhalten und zu nützen bei der Schaffung der Einheitsfront. Damit können auch die Freien Gewerkschaften in die Vermittlerrolle zwischen den Arbeiterparteien hineinkommen, die ihnen ihrem Wesen nach als überparteilicher Massenorganisation durchaus zukommt, da in ihnen Mitglieder aller Parteien organisiert sind. In Teltow und Bernau haben z. B. die Ortsausschüsse des ADGB allein die Maiaufrufe unterzeichnet, wie es überall sein sollte und auch früher gewesen ist.

Aber Bernau und Teltow lehren auch: Wachsamkeit und Festigkeit sind nötig, damit das begonnene Werk nicht wieder zunichte wird. Die Parteizentralen der SP und KP haben sich bisher noch nicht entschlossen zur Wahrung der Ueberparteilichkeit bei der Schaffung der Einheitsfront.

Wenn die „Rote Fahne" entgegen den Tatsachen über die Demonstration in Bernau berichtet: „Reichsbanner"-Mann trägt Schild gegen RFB-Verbot, und die Bernauer Sozialdemokraten hätten gegen die Preußenregierung demonstriert, und wenn die ganze Berichterstattung über Bernau so aufgemacht ist, als seien die SPD-Anhänger in die kommunistische Linie eingeschwenkt, so muß bei diesen mit Recht der Eindruck hervorgerufen werden, daß ihre ehrliche Bereitschaft zur Einheitsfront nur der kommunistischen Parteipropaganda gedient habe.

Für die Stellung der oberen SPD-Leitungen zu der Einheitsfront in Teltow und Bernau ist bezeichnend, daß der „Vorwärts" keinerlei Mitteilungen über Teltow und Bernau brachte, obgleich er genaue Berichte von den örtlichen SP-Vorständen erhalten hat, und daß bekannt wird, daß die verantwortlichen örtlichen Funktionäre zur Rechenschaft gezogen werden sollen wegen Disziplinbruches.

Also, Genossen, Wachsamkeit und Festigkeit sind diesen Parteitreibereien gegenüber dringend notwendig, damit der Wille zur Einheitsfront zum Durchbruch gelangt

„Produktive Anlagen" statt Kaufkraftbildung.

Amerika will nicht weniger irrsinnig sein als Europa.

Präsident HOOVER lehnte in einem langen Schreiben an den Präsidenten der Vereinigung amerikanischer Ingenieure die von verschiedenen Seiten erhobene Forderung ab, zur Behebung der Arbeitslosigkeit eine Riesenanleihe für öffentliche Arbeiten (Häuserbau, Straßen- und Kanalbauten, Armee- und Marinebauten) aufzunehmen. Er betonte, daß auf diese Weise neue Schulden entständen, aber nur für verhältnismäßig wenige Personen vorübergehend Arbeit geschaffen werde. HOOVER empfiehlt dagegen die Herstellung von produktiven Anlagen einzelner Staaten, wie Wasserwerken, Elektrizitätswerken und Docks. Dabei hält er an seiner Ansicht fest, daß die Finanzierung durch bestehende Organisationen wie die Federal Reserve Banken und die Finanz-Rekonstruktionsvereinigung erfolgen müsse.

In Deutschland fordert man die Elektrifizierung von Bahnen, den Bau von Bahnübergängen und ähnliche für ein reiches Volk nützliche Unternehmungen; HOOVER erhofft den Wiederaufschwung vom Bau von Wasserwerken und Docks. Als ob es auf der Erde noch nicht genügend „produktive Anlagen" gäbe! Sie sind schon da, aber es fehlt heute die Kaufkraft, sie richtig auszunutzen. Und die schafft man nicht, indem man neue Anlagen aufstellt.

Ob die erforderlichen Gelder durch eine neue Anleihe beschafft werden, die dann voraussichtlich von den Federal Reserve Banken beliehen wird, oder ob diese direkt einen Kredit geben, macht nur insofern einen Unterschied, als es bei einem direkten Kredit durch die Banken nicht zu einer *Riesen*anleihe kommt; HOOVER will offenbar in das nicht sehr aussichtsreiche Unternehmen nicht allzu große Summen hineinstecken.

Anarchismus, Kommunismus und Gewerkschaften in Spanien.

H. P. In den Reihen der organisierten Arbeiterschaft Spaniens hat sich in der jüngsten Zeit eine bemerkenswerte Erscheinung gezeigt, deren Folgen noch schwer abzusehen sind. Es handelt sich um den Einfluß, den die Gruppe MAURIN gewinnt, die den rechten Flügel der KP darstellt, und die sich auf dem Kongreß im April völlig von den Komintern losgesagt hat. Dieser rechte Flügel hat sich in jeder Hinsicht selbständig gemacht und beherrscht zur Zeit in Katalonien unbestritten das Feld. Die offizielle KP hat dort fast keinen Einfluß, dagegen gelang es MAURIN, wesentlichen Einfluß auf die Syndikalisten und die Gewerkschaften zu gewinnen. Die MAURIN-Gruppe hat beschlossen, eine kommunistische Vereinigung für die ganze spanische Halbinsel aufzubauen und ihr den Namen „*Federacion Comunista Ibérica*" zu geben. Der große Vorsprung, den diese neue Richtung gegenüber der offiziellen kommunistischen Partei besitzt, liegt in ihrer aktiven Bereitschaft, sachlich auf die Probleme, die die spanischen Arbeiter interessieren, einzugehen.

Der Einfluß MAURINS auf die unhaltbare Ansicht der Anarchisten, von aller *Politik Abstand zu nehmen*, ist entschieden begrüßenswert. Andererseits dient die Art der Austragung dieses Kampfes innerhalb der Gewerkschaften sehr wenig dem Ziel einer Stärkung der Arbeiter-Organisationen. Der in den letzten Tagen des April abgehaltene

Kongreß der syndikalistischen CNT (Confederacion Nacional del Trabajo)

gab bereits ein Bild dieser inneren Streitigkeiten innerhalb der spanischen Gewerkschaften. Die persönlichen Kämpfe, die fortgesetzten Vorwürfe gegen die Leiter der Organisationen lassen wenig Raum für taktische Pläne gegenüber den Kapitalisten. Wenn man bedenkt, daß 600 Arbeiter in den Streik treten, weil eine Arbeiterin sich weigerte, der Gewerkschaft beizutreten, so muß man bedauern, daß eine solche Kampfwilligkeit nicht zu größeren Schlägen ausgenutzt wird.

Die Bezirksvollversammlung der CNT hat nach hitzigen und erbitterten Debatten damit geendet, daß

eine Reihe örtlicher Gewerkschaften wegen ihrer Verbindung mit der neuen kommunistischen Richtung aus dem Verbande ausgeschlossen

wurde, darunter sehr große, wie die von Lérida, Gerona und Taragona. Damit haben zwar die Anarchisten im Verband nochmals ihre Stellung behauptet, aber um einen sehr hohen Preis. *Denn wenn auch der revolutionäre Charakter, der in* den syndikalistischen Gewerkschaften hochgeachtet wird, auch den abgespaltenen Gewerkschaften innewohnen wird, — sie haben sich wie Gegner getrennt und Brüder pflegen in einem Streit die erbittersten Feinde zu werden.

Die Entwicklung, die die CNT nimmt, scheint immer mehr zu Gunsten von Tendenzen gelenkt zu werden, die auf das politische Gebiet hinüberführen. Angesichts dieses Vordrängens der politischen Verselbständigung der Arbeiterschaft häufen sich auch die Artikel in den syndikalistischen Schriften, daß die Zeit für eine Entscheidung für oder wider die politische Betätigung und das heißt für oder wider eine revolutionäre *Partei*, gekommen ist. Die offizielle KP hat sich in Spanien bisher vergeblich bemüht, diese Rolle zu spielen, der Bürokratismus der KP und der blinde Gehorsam gegenüber der Zentrale liegen dem Spanier nicht. Die neue „Federacion Comunista" kommt dem spanischen Charakter entgegen und wird darum mehr Erfolg haben. Freilich liegen auch dieser Bewegung die gleichen Anschauungen zu Grunde, die in der KP vorherrschen. Es ist nicht zufällig, daß die revolutionäre KP die Haltung einer doktrinären und starren Bewegung trotz aller revolutionären Ziele eingenommen hat. Die neue kommunistische Gruppe hat gegen diesen Feind, der ihr im Blute sitzt, zu kämpfen, abgesehen von dem Feldzug, den die kommunistische Zentrale gegen sie eröffnen wird. Bei der kurzen Zeit des Bestehens dieser Bewegung ist vorläufig noch keine politische Prognose für die Bedeutung dieser Gruppe möglich.

30 000 Mark zur ersten Hilfe für die Unwetter-Geschädigten im Mosel-Gebiet hat die preußische Regierung dem Regierungspräsidenten in Koblenz zur Verfügung gestellt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Mittwoch, den 25. Mai, um 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: BRÜNING, HITLER und die Generäle! Wo stehen die Klassenfronten?

Eisenach: 28. und 29. Mai (Sonnabend-Sonntag-Kurs). Thema: Demokratie — Führerschaft — Sozialismus. Beginn: Sonnabend 20.15 Uhr in der Wolfsburg, Katharinenstraße; Beginn der Sonntagsarbeit nach Verabredung; Ende Sonntag mittag. — Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

Göttingen: Freitag, den 27. Mai, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: *Die politische Lage nach den Landtagswahlen.* — Wer schmiedet die Einheitsfront?

Hamburg-Hammerbrook: Donnerstag, den 26. Mai, 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21, Thema: Kampf gegen die Vernichtung der Geistesfreiheit!

Hannover: Mittwoch, den 25. Mai, 20.15 Uhr, in der Saalwirtschaft Garten-Allee 1: Thema: Der Vormarsch der Kulturreaktion.

Kassel: Dienstag, den 24. Mai, 20.15 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Der Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel. Redner: Genosse KARL ECKERLIN.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Eherechtliche Beratungsstunden. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" teilt mit, daß die eherechtliche Beratungsstunde in der Geschäftsstelle der „Deutschen Liga für Menschenrechte", Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Eing. IV, III, nur Mittwochs von 3 Uhr 30 bis 4 Uhr 30 stattfindet.

Um die Preußenregierung.

Ministerpräsident BRAUN hat dem Präsidenten des Preußischen Landtages mitgeteilt, daß die preußischen Minister ihre Aemter zur Verfügung stellten, nachdem mit dem 20. Mai die alte Landtagsperiode abgelaufen sei. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten führt die Regierung BRAUN die Geschäfte.

Ueber die Frage der neuen Preußenkoalition hat auch die Sonnabend-Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion keine Klarheit gebracht. Am Montag wird die Fraktion weiter tagen.

Die Nazis beantragen:

Die NS wollen die Aenderung der Geschäftsordnung des Preußischen Landtages, die letzte Aktion der Regierungsparteien des alten Landtages, rückgängig machen. Die nationalsozialistische Fraktion hat einen dahingehenden Antrag eingebracht. Es handelt sich um den Paragraphen 20 der Geschäftsordnung, der die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten regelt. Nach der gegenwärtig gültigen Bestimmung kann der Ministerpräsident nur mit mehr als der Hälfte der angegebenen gültigen Stimmen (nur mit absoluter Mehrheit) gewählt werden. Die NS wollen wieder den alten Zusatz einfügen, wonach dann, wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit erhält, eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten stattfindet, die die meisten Stimmen erhielten.

Die NS würden durch die Annahme dieses Antrags die Möglichkeit gewinnen, den Ministerpräsidenten zu stellen, sobald sie dies wollen. Es ist natürlich noch keineswegs gesagt, daß sie dies wollen, solange sich an der Koalition im Reich noch nichts geändert hat.

Amnestie für die Banditen.

Die NS-Fraktion des Preußischen Landtages hat eine **Amnestievorlage** eingebracht. Das beantragte Gesetz soll die zur Zeit seines Inkrafttretens rechtskräftigen, von preußischen Gerichten verhängten Strafen erlassen, soweit sie Taten betreffen, die vorwiegend aus politischen Beweggründen entsprungen sind.

*

Obwohl eine solche Amnestie auch politisch Linksstehenden zugute kommen könnte, ist es unter den heutigen Umständen klar, daß ihre Wirkung in erster Linie eine Ermunterung der nationalsozialistischen Banditen sein würde und eine Ermunterung ihrer milden Richter, diese Milde weiter zu üben. Diese Amnestie würde also den NS-Terror und damit das Vordringen der NS zur Macht und die Ausrottung der organisierten Arbeiterbewegung fördern. Wir sind aus diesem Gunde gegen die Amnestie.

Dafür, daß die Amnestie in erster Linie den NS-Mördern zugute käme, haben die NS ausdrücklich gesorgt. Eine große Gruppe linksstehender (kommunistischer und pazifistischer) Bestrafter soll nämlich von der Amnestie ausgenommen sein: die wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimniese Bestraften. Daß hingegen die rechtsradikalen Bauernführer KLAUS HEIM und HERBERT VOLK, die sogenannten Bombenleger, freigelassen werden, wird von den NS in einem besonderen Antrag verlangt.

Politische Koalitionsfreiheit für die Beamten.

Außer der Amnestievorlage hat die nationalsozialistische Fraktion im Preußischen Landtag einen Urantrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, seinen Beschluß vom 26. Juni 1930, der **Beamten die Betätigung für politische Parteien** verbietet, mit rückwirkender Kraft aufzuheben, soweit er sich auf nicht verbotene Parteien bezieht.

Wir haben mehrfach betont, daß es nicht gerechtfertigt ist, Beamten die Tätigkeit für eine legale Partei zu verbieten. Aber ist es nicht andererseits zu begrüßen, daß der Staat das Vordringen der NS unter den Beamten verhindert? *Wenn* er das jedoch ernsthaft wollte, dann sollte er den geraden Weg gehen und die Partei verbieten. *Daß* er das Vordringen der NS nicht ernsthaft verhindert, daß also auch jene Maßnahme gegen die Beamten, dann, wenn sie sich gegen NS richtet, weitgehend auf dem Papier bleibt, zeigt zum Beispiel die Tatsache, daß der nationalsozialistische Lehrerbund allein in Berlin rund 1400 Mitglieder hat.

BRÜNINGs außenpolitischer Bericht im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages soll am Dienstag stattfinden. Es handelt sich um die Sitzung, die bereits am 12. Mai stattfinden sollte; damals wurden jedoch die Funktionen des Reichstages im Lärm der HEINES-Schlägerei begraben.

Die Reichsregierung hat über das Ergebnis ihrer langen Beratungen mitgeteilt:

„Das Gesamtprogramm erstreckt sich im wesentlichen auf die endgültige Fertigstellung und Abdeckung des Reichshaushaltsplans 1932, die Sicherung der Arbeitslosenfürsorge und andere sozialpolitische Reformmaßnahmen, sowie auf ein Arbeitsbeschaffungsprogramm unter gleichzeitigem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die .. Beschlüsse der Reichsregierung unterliegen augenblicklich noch der endgültigen Formulierung der zuständigen Stellen . . . ."

Neue Ausplünderungsversuche: 45000 Arbeiter betroffen.

a Gladbach-Rheydt, 21. Mai.

Die Vereinigten Arbeitgeberverbände für die Textilindustrie von Gladbach-Rheydt und Umgebung haben, nachdem sie kürzlich schon den Manteltarif gekündigt hatten, die Lohntarife zum 4. Juni gekündigt. Neben einer Herabsetzung der Lohnhöhe wird die völlige Umarbeitung zahlreicher Punkte des Tarifvertrages verlangt. Nach den Tarifverträgen werden etwa 45 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlohnt.

*

Die Lamentationen und schriftlichen Erklärungen führender Gewerkschaftsfunktionäre haben also nur dazu geführt, die Unverschämtheit der „Wirtschaftsführer" zu bestärken; das einzige, was diesen Herren imponiert, ist die Faust der Arbeiterschaft an ihrer Kehle. Leider ist die Arbeiterschaft zunächst noch immer so passiv, daß noch nicht einmal überall auch nur entschieden protestiert wird.

Waltershausen.

„Die Ruhe wiederhergestellt."

b Waltershausen, 21. Mai.

Am Sonnabend haben sich zwei weitere bei den Zusammenstößen vom Freitag Verletzte gemeldet. Die Ruhe in der Stadt ist wiederhergestellt, Polizeistreifen durchziehen noch die Straßen.

Der Stadtvorstand hat bekanntgegeben, daß die städtische Kasse wieder geöffnet ist, damit die Unterstützungsberechtigten ihre Gelder in Empfang nehmen können. Die Erwerbslosen verweigern jedoch nach wie vor die Annahme der Unterstützungen. Sie verlangen Zurückziehung der Gothaer Landespolizei und Freilassung der Verhafteten.

Landtagssitzung wegen Waltershausen.

p Weimar, 21. Mai.

Die Landtagsfraktion der NSDAP hat die sofortige Einberufung des Landesparlaments verlangt, damit die Waltershauser Vorfälle behandelt werden können. Gleichzeitig fordern die NS den Rücktritt der Landesregierung.

p Weimar, 22. Mai.

Auch die Sozialdemokraten haben jetzt die vorzeitige Einberufung des Thüringer Landtages zur Beratung der Waltershauser Vorfälle gefordert. Nach der Verfassung muß der Landtag früher einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der gesetzlichen Abgeordnetenzahl dies verlangt. Da die Sozialdemokraten bereits allein 18 Vertreter im Landtag haben, ist die vorzeitige Einberufung des Landesparlaments sicher

---

IHV. Internationale Hilfs-Vereinigung.

Bezirk Berlin-Brandenburg, SW 68, Wilhelmstraße 135, I. Tel. Bergmann 8736.

Bez.-Vorstand Berlin. Wichtige Vorstandssitzung am Dienstag, dem 24. Mai, um 6 Uhr im Sekretariat. BV-Mitglieder und die Vorsitzenden der Ortsgruppen müssen vollzählig und pünktlich sein.

Ortsgruppe Neukölln-Britz. Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 24. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Schwarz, Kopfstr. 18. Da wichtige Tagesordnung, wird vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Ortsgruppe Pankow. Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 24. Mai, um 8 Uhr im Jugendheim Mühlenstr. 77, Hof. Referat: „Wie verhält sich der Arbeiter vor Gericht und Polizei?" Gäste willkommen.

Ortsgruppe Osten. Mitgliederversammlung am Montag, dem 30. Mai, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Gr. Frankfurter Straße 16. Referat: „Wie verteidigt sich der Arbeiter vor dem Klassenrichter?" Gäste willkommen.

Komitee zur Rettung von MOONEY und BILLINGS. Komiteeleitung: Montag, den 23. Mai, um 6 Uhr im Sekretariat wichtige Zusammenkunft.

Komiteegesamtsitzung: Mittwoch, den 25. Mai, um 8 Uhr, Wilhelmstr. 135. Alle Organisationen müssen vertreten sein.

Karten für MOONEY-BILLINGS-Kundgebung. Die Einlaßkarten für die am 3. Juni in den Prachtsälen am Märchenbrunnen stattfindende Protestkundgebung des Komitees sind in den Sekretariaten und bei den Funktionären der angeschlossenen Organisationen sofort erhältlich. Preise: Erwerbslose 10 Pf., Erwerbstätige 20 Pf. Nachforderungen von Karten im Sekretariat Wilhelmstr. 135, I.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 24. Mai

Königsberg:
21.15 BEETHOVENS Klavierkonzerte.

Langenberg:
19.30 Wirtschaftspolitische Umschau. Dr. SCHLUENZ: Die Agrarfrage und die Verbrauchergenossenschaften.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....
Name Ort

.....
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

---

iSK

7. JAHRGANG 5. HEFT MAI 1932

INHALT:

FRITZ GROB:
Genossen, besinnt Euch!
*
Zahlen des Niedergangs:
Im Schatten von Artikel 48.
Klassenjustiz.
Das Elend der Erwerbslosen.
Paragraph 218.
Arbeitsnot und Selbstmorde.
Der kulturelle Abstieg.
*
HELLMUT RAUSCHENPLAT:
Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise
*
Zum Nachdenken:
Welche Religionsgesellschaften sind in Preußen Körperschaften öffentlichen Rechts? —
Bibel-Umsatz. —
Nutznießer der Krise.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG
Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel • Damen-Mäntel Kostüme
!!! Tadelloser Sitz !!!
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 28 58 43

Robert Peppmüller
Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig
Gelnhausen

Soeben erschien in zweiter, unveränderter Auflage:
Die bessere Sicherheit
Ketzereien eines revolutionären Revisionisten
Von LEONARD NELSON. 22 Seiten. Geheftet 0,40 Mark
Kritische Auseinandersetzung
mit dem historischen „Materialismus"
In der rechtlichen Begründung des Klassenkampfes liegt die „bessere Sicherheit" für die Erreichung des Sozialismus!
Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S14, Inselstr. 8a

Utopie oder Wissenschaft?

Bg. ZELTNER hat eine Schrift veröffentlicht „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie.“ Mir lag daran, den wissenschaftlichen Sozialismus gegen Utopie zu verteidigen und darum habe ich versucht, ZELTNERS Ansichten zu widerlegen („Der Funke“ Nr. 89). Jetzt veröffentlicht ZELTNER eine Entgegnung (in Nr. 109), die zwar auf meine Gründe nicht eingeht, auf die ich aber doch antworten will; denn es scheint mir sehr wohl möglich zu sein, ZELTNER von der Richtigkeit meiner Ansichten zu überzeugen. Bei diesem Optimismus berufe ich mich darauf, daß anscheinend schon die Kritik an seiner Broschüre und vor allem an seinem ausdrücklichen Verzicht auf Wissenschaftlichkeit ZELTNER dazu veranlaßt hat, sein „ganzes Leben“ in den „Dienst wissenschaftlichen Denkens“ zu stellen, während es in seiner Broschüre noch hieß: „Weder auf Originalität noch auf Wissenschaftlichkeit erhebe ich Anspruch.“

Die beiden ersten Abschnitte der Antwort muß ich hier übergehen, denn im ersten Abschnitt verteidigt Z. nicht sich, sondern MARX, und selbst das *nur* durch den leeren Hinweis auf ein „berühmtes Werk MAX ADLERS“. Im zweiten Abschnitt wiederholt Z. nur das, was ich selber *ausdrücklich* als richtig bezeichnet habe, nämlich, daß der Erwerbstrieb nicht der Hauptbestimmungsgrund für die menschlichen Handlungen ist.

Dann erst beginnt die Verteidigung. Z. entscheidender Gedanke ist die Auffassung, daß das Kausalgesetz „für den psychischen Bereich überholt ist“. Statt einer Begründung begnügt sich Z. wieder mit dem Hinweis auf die Bücher berühmter Männer, weil es nicht seine „Aufgabe ist, fest gesicherte Erkenntnisse anderer Disziplinen zu wiederholen“. Aber hier handelt es sich nicht um fest gesicherte, sondern um sehr bestrittene Auffassungen. Das weiß übrigens auch Z. recht genau, denn einige Zeilen vorher beruft er sich selber auf Psychologen (FREUD, ADLER), die gerade durch die entgegengesetze Auffassung, daß die Kausalität auch für die psychologischen Vorgänge gültig ist, zu Ergebnissen gekommen sind, die auch Z. als richtig betrachtet. Ja, Z. weiß dort sogar, von *welchen* Ursachen die menschlichen Handlungen abhängig sind (z. B. vom Geltungsstreben). Mir scheint, daß hier ein Rückfall in die Unwissenschaftlichkeit vorliegt. Denn in der Wissenschaft dürfen keine Widersprüche stehen bleiben. Z. aber behauptet von ein und derselben Sache einmal, sie sei unbestritten, dann beweist er selber, daß sie umstritten ist und schließlich bekennt er sich sogar zum Gegenteil dessen, was unbestritten sein soll.

Diesem Vorwurf des Widerspruchs wird Z. sich vielleicht dadurch entziehen wollen, daß er sagt, das Kausalgesetz sei im psychischen Bereich nicht immer, sodern nur in manchen Fällen ungültig. Dann hätte er das aber auch sagen sollen und nicht ausdrücklich die Ansicht ablehnen dürfen, daß „der Mensch als lebendige Einheit sich kausalen Gesetzen fügt“ und daß beim Menschen „*an Stelle der Kausalität* die Ziel- und Zweckbezogenheit trete“. Sollte Z. die Leugnung der Kausalität nicht so allgemein *gemeint* haben, wie er es *sagt*, dann wäre der Widerspruch zwar nur noch in seinen Worten enthalten. Aber mein Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit würde sich dann umsomehr darauf beziehen, daß Z. nicht sagt, was er meint.

Z. meint, wissenschaftliches Denken sei mit einem Leugnen der Kausalität durchaus vereinbar. Zum Beweis verweist er auf OTHMAR SPANNS Lehre. Leider bringt er uns aber keinen Nachweis dafür, daß diese Lehre wirklich wissenschaftlich einwandfrei ist. Das glaubt Z. auch selber nicht; denn sonst müßte er diese Lehre ja anerkennen, was er tatsächlich nicht tut

Z. meint nun vor allem im Gegensatz zu mir, daß nicht nur *wissenschaftliches Denken*, sondern auch *praktisches Handeln* ohne Kausalität möglich ist. „Die Fortschritte des Faschismus, der . . . auf SPANN rekurriert, zeigen . . . daß eine Ablehnung des Kausalitätsdogmas keineswegs zur Passivität führen muß.“ Die meisten Faschisten haben sich mit solchen Fragen überhaupt nicht beschäftigt, und wenn sie es haben, so konnten sie nicht *wegen* der Theorie, sondern *trotz* der Theorie Fortschritte machen. Fortschritte konnten sie nur machen, weil sie die Gültigkeit der Kausalität voraussetzten und sich überlegten, mit welchen Mitteln sich Bedingungen schaffen lassen, von denen die Stimmabgabe der Menschen kausal abhängig ist. Natürlich gibt es auch Sozialisten, die trotz ihrer Theorie nicht in Passivität verfallen. Leider geht ZELTNER nicht auf meinen Einwand ein, daß seine Theorie für *klug* handelnde Menschen die Wirkung haben muß, nicht mehr für den Sozialismus zu arbeiten, weil das unmöglich ist. Dies war gerade der wichtigste Punkt meiner Kritik. Ich schrieb: „Wie sollte man zweckmäßig handeln können, wenn nicht vorausgesetzt werden könnte, daß die von uns angewandten Mittel auf Grund kausaler Naturgesetze eine bestimmte Wirkung hervorrufen?“ Wie hätte Z. es z. B. wagen können, seine Entgegnung zu schreiben ohne die Voraussetzung der Kausalität? Ueber 5000 Buchstaben hat er geschrieben. In über 5000 Fällen mußte die Kausalität gelten, indem der Anschlag auf eine bestimmte Taste der Schreibmaschine einen bestimmten Buchstaben aufs Papier bringt. Mehrere Lebenstage hat das Manuskript schon hinter sich, und wenn nicht in jedem Bruchteil jeder einzelnen Sekunde dieser Tage das Kausalgesetz gültig gewesen wäre, hätten ohne Ursache einzelne Seiten aus dem Manuskript verschwinden können. Ohne Kausalität wäre der Brief nicht in den Briefkasten gefallen; ohne Gültigkeit der Kausalität hätte der Briefträger nicht wissen können, wie er den Brief aus dem Kasten herausholen kann, um ihn zu befördern. Ohne Kausalität hätte er die Anschrift nicht lesen können. Und der Redakteur des „Funken“ hätte das Manuskript nicht lesen können, wenn das Licht nicht in seinen Augen bestimmte Veränderungen kausal hervorgerufen hätte. Der Setzer hätte den Aufsatz nicht setzen können, wenn seine Willenstätigkeit und seine Muskelbewegungen plötzlich nicht mehr der Kausalität gehorchten. Der Drucker hätte nicht drucken können, der Packer nicht packen, die Bahn nicht verschicken, der Verkäufer nicht verkaufen, der Käufer nicht lesen können. Und der Leser könnte nicht begreifen, wie jemand, der die Gültigkeit der Kausalität für den Menschen nicht anerkennt, sich an eine Arbeit macht, deren Gelingen davon abhängig ist, daß die Kausalität in tausend und abertausend Fällen gültig ist, und zwar auch für den Menschen gültig ist.

Bremen in der Krise.

W. H. In einer Mitgliederversammlung des ZdA sprach das Mitglied des Senats KAISEN (SPD) über das oben genannte Thema. Neben allgemeinen Ausführungen über die Krise und Zahlen, die die allgemein bekannte Not der deutschen Gemeinden widerspiegeln, denen das Reich kurzerhand einen wesentlichen Teil der Wohlfahrtslasten zuschob, ohne ihnen entsprechende neue Einnahmequellen zuzuweisen, sprach KAISEN über einige *Erfahrungen* während seiner Tätigkeit im Senat, die für uns von Interesse sind.

Großbetriebe in der Krise.

Die bremische Wirtschaft ist nicht reich gegliedert in Klein-, Mittel- und Großbetriebe, sondern besteht vor allen Dingen aus einigen Großbetrieben. KAISEN erklärte, daß dies in der Krise ein Unglück für Bremen war. Als die Großbetriebe — die zum Teil in enger Verbindung mit einander standen — in die Krise hineingezogen wurden, wurden ganze Stadtteile davon in Mitleidenschaft gezogen. Man glaubte zunächst, daß nach dem Zusammenbruch der verschiedenen Großbetriebe alles in den Strudel hinabgerissen würde. Der Staat sprang helfend in die Bresche. Nach der Schätzung von KAISEN hat er dabei 45 Millionen Mark eingebüßt. Zum Vergleich: Der gesamte ordentliche Etat des Bremer Staates beträgt im Jahr 1932 etwa 85 Millionen Mark.

Bürokratie.

KAISEN wies sehr richtig darauf hin, daß es bei der *Arbeitsbeschaffung* darauf ankommt, daß das Geld wirklich *produktiv* verwandt wird, vor allen Dingen wies er auf den Wohnungsbau hin. Es sind von seiten des bremischen Staates wiederholt Versuche unternommen worden, vom Reich finanzielle Zuwendungen für solche Arbeiten zu erhalten. Die Verhandlungen sind bisher aber immer ergebnislos gewesen. KAISEN sagte: Sie scheiterten am Bürokratismus. Zwar standen Mittel zur Verfügung, um Flugplätze zu planieren, Parks in Ordnung zu bringen und Moore urbar zu machen, aber nicht für produktive Zwecke. Die Hemmungen lagen in der mangelnden Lebensnähe der Bürokratie, die sich nicht den Zeitverhältnissen anpaßte, sondern an Paragraphen klammerte.

KAISENs Ausweg: Planwirtschaft.

Trotz der Erfahrungen, die KAISEN in der Praxis mit schwerfällig arbeitenden bürokratischen Apparaten machte, sieht er den Ausweg aus der Krise nur in einer international durchgeführten Planwirtschaft, im Aufbau eines noch größeren bürokratischen Apparates. Also nicht einmal die eigene Erfahrung kann diese Dogmatiker der Planwirtschaft zum Nachdenken bringen.

Sehr schwach waren die Argumente, die KAISEN zur Begründung seiner Forderung nach Planwirtschaft brachte:

Weil die „kapitalistische Anarchie“ verschiedene Kapitalisten in der Krise zu Verbrechern machte. Weil infolge der „kapitalistischen Anarchie“ in Bremen vier Großbanken gleichzeitig einem faulen Unternehmen Kredite zur Verfügung stellten, da jede Bank annahm, sie sei die einzige Kreditgeberin.

Worin liegt eigentlich die Sicherheit, daß innerhalb einer Planwirtschaft Korruption und verbrecherische Ausnutzung der Macht vermieden wird? Wurden die Kapitalisten nicht darum zu Verbrechern, weil sie wußten, sie würden milde Richter finden, wenn man sie bei ihren Verbrechen ertappte?

Hängt es notwendig mit der freien Konkurrenz zusammen, daß vier Banken sich nicht verständigen über zu vergebende Kredite, oder ist es nur ein Zeichen von Engstirnigkeit deutscher Banken? Warum hat man die Bereinigung ihrer Verluste nicht ihnen selber überlassen, um sie in Zukunft zu größerer Vorsicht zu zwingen? Warum sollte in Deutschland nicht möglich sein, was in Amerika üblich ist, daß sich die Banken über die zu vergebenden Kredite verständigen?

Das sind einige Fragen zum Nachdenken — auch für Planwirtschaftler.

Auf den Charakter kommt es an!

Die Christlich-Sozialen machen eine Entdeckung.

Auf dem Parteitag der Wiener Christlich-Sozialen Partei beschäftigte sich am Sonntag der Hauptredner mit der Frage des Rückganges der Partei, die im Jahre 1923 noch ein Drittel, im Jahre 1930 weniger als ein Viertel und heute nur noch ein Fünftel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Als Ursache führte er u. a. den Mangel einer zugkräftigen Idee in den letzten Jahren, zu geringe Berücksichtigung der Jugend und Fehler in der Beamten- und Angestelltenpolitik an. Er beschäftigte sich mit den Klagen über die Mandate und stellte fest, daß neben sachlicher Tüchtigkeit auch persönliche Sauberkeit, Uneigennützigkeit und Gesinnungstüchtigkeit verlangt werden müsse. Die ganze persönliche Lebenshaltung eines Abgeordneten müsse vorbildlich und einwandfrei sein. Es müßten in dieser Hinsicht bald und energisch Maßnahmen zur Einrichtung einer wirksamen Parteikontrolle und eines unabhängigen Parteigerichts getroffen werden.

Die Notwendigkeit reiner und starker Charaktere für eine zielbewußte Parteiarbeit liegt in der Tat, gerade bei dem heutigen politischen Chaos, für jeden Einsichtigen auf der Hand. Aber man schafft solche Charaktere nicht durch Parteikontrolle und Parteigericht, diese negativen Maßnahmen, die bestenfalls — nämlich wenn sie selber in den Händen von charakterfesten Menschen liegen — das Versagen der Parteimitglieder unzweideutig aufdecken. Einen Fehler aufdecken heißt noch nicht, seine Wiederholung in anderen Fällen zu vermeiden. Nur eine positive konsequente Erziehungsarbeit kann es dem Zufall entziehen, ob die Partei über die Charaktere verfügt, die sie braucht, oder ob sie ihr fehlen.

Einem niederträchtigen Raubüberfall fielen zwei Bergarbeiter auf der Zeche „Gottfried Wilhelm“ in Rellinghausen zum Opfer. Als sie am Schalter ihre Löhne in Empfang nehmen wollten, traten zwei Männer heran, schossen auf die Bergleute, raubten 800 Mark und verschwanden auf einem Motorrad. **Einer der Bergarbeiter ist an seinen Verletzungen gestorben,** der andere ist leicht verletzt.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Die Notwendigkeit des Charakters*).

Von Leonard Nelson.

(Fortsetzung.)

Die Stärke des Charakters zeigt sich in dem Grad der Unabhängigkeit des Willens von triebhaft wirkenden Antrieben. Charakterstärke ist nichts, was dem Menschen von Natur aus mitgegeben wäre; von Natur aus ist er ein Spielball der auf seinen Willen einwirkenden Neigungen. Was er tut, hängt zunächst nur ab von dem an und für sich zufälligen Stärkeverhältnis dieser Neigungen. Davon unabhängig zu werden, ist also ein Ziel, das zu erreichen ihm die Erziehung befähigen soll. Die hierzu erforderliche Kraft des Widerstandes gegen die zufällig auf den Willen einwirkende Neigung kann nach Naturgesetzen nur stetig anwachsen, und sie muß stetig anwachsen, wenn sie einmal da verfügbar sein soll, wo sie zur Erfüllung der Pflicht nötig wird. Wenn also die zur sittlichen Bereitschaft notwendige Stärke des Willens erworben werden soll, d. h. wenn der Wille die Stärke erhalten soll, die er braucht, um die Neigung zu überwinden, falls sie mit den Anforderungen der Pflicht in Widerstreit gerät, so bedarf es der Schulung in der Ueberwindung der Neigungen auch da, wo die Pflicht diese Ueberwindung nicht verlangt. Anderenfalls wird sie da fehlen, wo der Mensch zur Pflichterfüllung auf sie angewiesen ist.

Aber nicht erst hierzu ist solche Willensstärke erforderlich. Die Beherrschung der triebhaft wirkenden Antriebe ist eine Bedingung des besonnenen Handelns überhaupt; diese Bedingung muß erfüllt sein, wenn der Mensch überhaupt vernünftig handeln soll — überhaupt, und nicht nur in praktischer Hinsicht vernünftig, d. h. sittlich. Sie ist also schon eine Forderung der bloßen Zweckmäßigkeit des Handelns, auch wo der Zweck seinerseits in der Befriedigung einer Neigung liegt.

Diese Besonnenheit, die ihrerseits eine Vorbedingung für die Erwerbung der sittlichen Bereitschaft ist, kann nur entwickelt werden, wenn hinreichende Gelegenheit geboten ist, den Willen im Kampfe mit der Neigung zu stärken. Man bezeichnet im allgemeinen die Ueberwindung der Neigung, wo sie zur Stärkung des Willens geübt wird, mit dem bereits einmal gebrauchten Wort Askese. Dieses Wort ist ursprünglich durchaus richtig gewählt zur Bezeichnung dieses Begriffs. Es bedeutet nichts anderes als Uebung. Aber die Bedeutung, in der es heute im allgemeinen gebraucht wird, erweckt das Mißverständnis, als ob die Bekämpfung der Neigung an und für sich einen sittlichen Wert hätte und nicht bloß als Mittel zur Erwerbung einer sittlichen Kraft. Um dieses moralische Vorurteil nicht zu begünstigen, ist es zweckmäßig, den Ausdruck „Askese“ zu meiden und nach einem anderen Wort zu suchen, das nicht diesen düsteren und unliebenswürdigen Beigeschmack hat. Es gibt dafür keinen besseren Ersatz als das Wort „Sport“. Dieses Wort bedeutet Ueberwindung von Hindernissen um der Erprobung der eigenen Kräfte willen. So verstanden kann man sagen, daß Sport eine Vorschule des Charakters ist.

Die Weckung der Lebendigkeit des Charakters.

Die Herrschaft des Willens über das zufällige Verhältnis der Antriebe erschöpft sich nicht in der Beherrschung der triebhaft aufwallenden Antriebe oder Affekte; dazu gehört vielmehr auch die Beherrschung derjenigen Antriebe, die sich unter dem Einfluß der Gewohnheit zu einer dauernden Kraft entwickelt haben und die bei hinreichender Stärke zur Unterscheidung von den Affekten Leidenschaften genannt werden. Die Kraft des Willens gegenüber diesen dauernd wirkenden Antrieben, in der allein die Unabhängigkeit des Willens von der Macht der Gewohnheit beruht, ist seine Lebendigkeit.

Für die Erziehung zur Lebendigkeit des Charakters kommt es darauf an, klar im Auge zu behalten, daß Charakter selber so wenig eine Sache der Gewohnheit sein kann, daß er vielmehr die Bereitschaft verlangt, angenommene Gewohnheiten zu durchbrechen, dann nämlich, wenn unter besonderen Umständen ein sonst geübtes und sogar zu billigendes Verhalten den anerkannten Grundsätzen widerstreitet. Die Konstanz des Verhaltens, in der sich der Charakter zeigt, beruht auf der Herrschaft von Grundsätzen und läßt darum — im Gegensatz zu der toten Gleichförmigkeit der Gewohnheit — eine Berücksichtigung der jeweiligen Umstände zu. Ja man kann sagen, so paradox es auch klingt, daß sich der Charakter gerade daran erprobt, wie weit sich mit den wechselnden Umständen die Handlungsweise ändert; Gleichförmigkeit unter allen Umständen würde Charakterlosigkeit verraten. Sie ist das Ergebnis der Abrichtung. Erziehung erfordert dagegen Lebendigkeit des Charakters. Sie verlangt daher die Darbietung einer hinreichenden Mannigfaltigkeit an Situationen, weil nur so die Möglichkeit besteht, die Lebendigkeit des Willens zu üben und zu erproben.

Die Reinheit des Charakters.

Stärke und Lebendigkeit machen zusammen das aus, was wir Charakter im weiteren Sinn nennen. Charakter im engeren Sinn, d. h. ein guter Charakter, verlangt darüber hinaus Reinheit des Willens, nämlich die Bereitschaft, die Pflichterfüllung zur obersten und einschränkenden Bedingung des Verhaltens zu machen. Reinheit des Willens zu entwickeln, bleibt die höchste und letzte Aufgabe der Erziehung. Die letzte: denn wo der Wille keine Kraft hat oder seine Kraft gar schon gebrochen ist, da ist er nicht einmal zum Schlechten fähig, geschweige denn zum Guten. Ja ein Mensch, der nur darum nichts Schlechtes tut, weil ihm die Kraft zum Handeln überhaupt fehlt, ist vom Guten weiter entfernt als einer, der wenigstens die Kraft zum Schlechten aufbringt. Die Entwicklung der Reinheit des Willens setzt daher die der bloßen Kraft des Willens voraus. Was schon erforderlich ist, um Stärke und Lebendigkeit des Willens zu bilden, das ist darum erst recht erforderlich, um die Reinheit des Willens zu bilden.

(Schluß folgt.)

*) Abdruck aus dem Werk LEONARD NELSON: „System der philosophischen Ethik und Pädagogik“, Verlag „Oeffentliches Leben“, Berlin.

Aus der Werkstatt der Krisenmacher.

Weg mit der Handelspolitik gegen den Handel!

Ein Protest der Händler.

Der vor kurzem gegründete „Deutsche Bund für freie Wirtschaftspolitik" trat in Berlin am 21. Mai mit einer trotz großer Hitze sehr gut besuchten Veranstaltung zum ersten Male vor die Oeffentlichkeit. Der Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates war überfüllt. Kein Wunder! Denn der Kampf gegen die Autarkie-Propaganda, gegen die Verschärfung der Krise durch weitere Zerschlagung der Weltwirtschaft ist heute für viele Kaufleute zu einer Lebens- und Existenzfrage geworden. Daß der Hamburger Bürgermeister Petersen präsidierte, ist natürlich auch kein Zufall. Die Handelsstadt Hamburg hat bei weiterer Annäherung an das „Ideal" der Autarkie, bei noch weiter gehender Sperrung der Grenzen, am meisten zu verlieren.

Der Bund will, nach den einleitenden Worten von Petersen, seine Aufklärungsarbeit unabhängig von politischen Parteien durchführen. Wir würden diese Arbeit begrüßen, wenn sie sich streng an Petersens Ausführungen hält, der das alte Wort „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt" modern faßte:

„Hat der Angestellte und Arbeiter in Industrie und Handel Geld, so hat's die ganze Welt."

Die Reden waren fast alle national gefärbt. Um Deutschlands *Weltgeltung* willen wurde für den Handel Freiheit gefordert. Der Kampf gegen die Autarkie-Verblendung wurde zu einer *„nationalen* Forderung ersten Ranges" erklärt. Uns scheint: Die Verbrämung mit nationalem Pathos gelingt den *Befürwortern* der Autarkie weit besser! Die vorhin wiedergegebene Feststellung Petersens gibt auch ohne nationale Verbrämung, ja gerade *nur* ohne sie, eine durchschlagende Begründung für die Bekämpfung der heute üblichen Handelspolitik gegen den Handel.

Ein weiterer Fehler der Tagung war, daß die Proteste sich vor allem gegen die weitergehenden Pläne der Abschließung Deutschlands vom Weltmarkt, also gegen die Autarkie von morgen, richteten und weniger gegen die Fülle von Absperrungsmaßnahmen, die wir heute bereits erleben und erleiden.

Eine kleine Vorstellung davon, was heute auf diesem Gebiet bereits „geleistet" wird, gab der Bankier Loeb durch die Mitteilung, daß

täglich bei der Reichsbank 50 000 Anträge auf Bewilligung von Devisen

einlaufen. Diese Feststellung über den Stand der Devisenzwangswirtschaft wurde wirkungsvoll ergänzt durch den Bericht von Direktor Lange über „Autarkie und handelspolitische Technik". Lange war beteiligt an den Verhandlungen über zahlreiche Kontingentverträge zwischen Frankreich und Deutschland, durch die die deutsche Einfuhr nach Frankreich mengenmäßig beschränkt wurde. Er erzählte aus der Praxis: von Schikanen, Schiebungen und Geschicklichkeit. Die Grenze zwischen Geschicklichkeit in der Ausnutzung von Kontingenten und Schiebung ist dabei sehr schwer bestimmbar. Wie sachkundig Lange in die Werkstatt der Krisenmacher hineinleuchtete, mögen einige Beispiele, die er erzählte, hier zeigen:

Keks, Glaswaren, Nickelwaren, Pappkartons.

Eine deutsche Keksfabrik führt seit Jahren Keks nach Frankreich ein, in Glasdosen mit vernickeltem Metalldeckel; die Glasdosen sind in Pappkartons verpackt. Nun bestehen neuerdings Einfuhrkontingente für Keks, Glaswaren, Nickelwaren und Pappkartons. Die Keksfabrik muß also bei vier verschiedenen Stellen vier verschiedene Einfuhrbewilligungen beantragen. Wenn irgend eines der Kontingente erschöpft ist (weil die für einen bestimmten Zeitraum zugelassene Menge bereits eingeführt ist), kann die Fabrik keine Kekse mehr nach Frankreich einführen oder muß eine andere Verpackung wählen.

Schreibmaschinen, Mausefallen, und Vogelkäfige.

Wer Schreibmaschinen nach Frankreich einführen will, muß Einfuhrbewilligungen nicht nur für Schreibmaschinen haben, sondern auch für Möbel; denn unter diese Rubrik fallen die Unterlagen der Schreibmaschinen und die Holzdeckel.

Aehnlich ist es mit Mausefallen. Kürzlich konnte eine Firma Mausefallen nach Frankreich nicht mehr einführen, weil das Einfuhrkontingent, in das die Holzunterlagen eingerechnet werden, erschöpft war. Mausefallen ohne Boden zu liefern, hat nämlich wenig Zweck!

In dieser Beziehung sind die Fabrikanten von Vogelkäfigen etwas besser daran. Vogelkäfige bestehen in der Hauptsache aus Draht und Blech und sind üblicher Weise mit kleinen Futternäpfen aus Glas versehen. Die deutschen Exporteure müssen sich an zwei Stellen französische Einfuhrbewilligungen verschaffen. Wenn das Glaskontingent erschöpft ist, müssen sie die Vogelbauer ohne Futternäpfchen abschicken.

Die Rolle des Schmiedes in der modernen Handelspolitik.

Für deutsche Werkzeugmaschinen wurde in langen Verhandlungen ein Einfuhrkontingent festgelegt. In der Praxis zeigte sich, daß die Franzosen für die paar Spezialwerkzeuge, die üblicher Weise mit solchen Maschinen mitgeliefert werden, einen besonderen Einfuhrschein verlangen. Da im ersten Fall das Kontingent für diese Werkzeuge erschöpft war, konnten die Spezialwerkzeuge erst mit einer späteren Sendung nach Frankreich geliefert werden.

Die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie fand einen Ausweg: Jetzt werden die Spezialwerkzeuge in Deutschland an die Maschinen angeschmiedet und in Frankreich wieder abgeschweißt!

Ein „schwerer" Reinfall.

Die deutsche Industrie glaubte, ein französisches Einfuhrkontingent für landwirtschaftliche Traktoren vereinbart zu haben, mit dem sie sehr zufrieden sein konnte. Bald stellte sich heraus, daß diese Vereinbarungen für die deutsche Industrie ein schwerer Reinfall waren, schwer in jeder Beziehung. Von französischer Seite wurden nämlich die Unterteile für schwere Bagger, die mit Diesel-Motoren angetrieben werden, in das Kontingent mit eingerechnet. Durch Lieferung von 2 (in Worten: zwei) deutschen Baggern war das Kontingent für lange Zeit erschöpft, und die Einfuhr von landwirtschaftlichen Traktoren war unmöglich.

Stiere werden kastriert.

Am 20. April kam ein Waggon mit Stieren an der französischen Grenze an, die von der Tschechoslowakei nach Frankreich verkauft waren. Das Stierkontingent war erschöpft. Der Händler hatte die Wahl, die Tiere wieder zurückzuschicken, oder aber, da das Ochsenkontingent noch nicht erschöpft war, die Stiere kastrieren zu lassen und dann als Ochsen einzuführen. Das letztere geschah.

•

Wir würden die Wiedergabe dieser interessanten Mitteilungen aus der Werkstatt der Krisenmacher mit dem volkstümlichen Urteil schließen, daß sich die Menschen wie Hornochsen benehmen, — wenn wir das nicht für eine Beleidigung dieser Tiere hielten. Rpt.

Erfolgsstatistik der Krisenmacherei.

Preise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(Im Großhandel März 1932, in Mark.)

Ware	Diesseits Ort	Diesseits Preis	Jenseits Ort	Jenseits Preis
100 Kilo Reis	Hamburg, verzollt	19,60	London	14,92
100 Kilo Mais	Hamburg, verzollt	16,80	Hamburg, unverzollt	7,12
			London	6,84
			New York	7,04
100 Kilo Zucker	Magdeburg, unversteuert	41,30		
100 Kilo Butter	Berlin	248,80	Kopenhagen	151,64
			London, neuseeländische	164,34
1 Tonne Steinkohle	Essen	14,21	Newcastle, England	9,27
			USA.	8,70
1 Tonne Roheisen	Essen	69,00	Großbritannien	44,00
			Frankreich	40,30
			Belgien	39,63
1 Tonne Stabeisen	Oberhausen	110,00	Antwerpen	48,25
100 Kilo Aluminium	Berlin	160,00	London	160,84
100 Liter Benzin	Berlin	25,00	New Orleans	4,79

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits. Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt. 14.5 —21.5	Vorwoche	Vorjahr	Jenseits. Hamburg. unverzollt. 21. 5.
Weizen	27,44	27,46	28,60	10,20
Roggen	20,40	20,54	19,95	8,88
Braugerste	18,95	18,57	—	—
Futtergerste	18,15	18,17	23,55	9,95
Hafer	16,64	16,65	19,38	7,78
Weizenmehl	34.53	34,77	36,14	—
Roggenmehl	26,68	26,75	27,55	—

Zollschranken innerhalb der USA!

Viele Europäer betrachten seit langem, besonders aber seit die Friedensverträge nach dem Weltkrieg die Länge der Zollgrenzen innerhalb Europas vergrößert haben, mit Neid den großen, nicht durch Zollschranken zerrissenen Wirtschaftsraum der USA. Nun findet neuerdings innerhalb der USA eine Entwicklung statt, die der Zerreißung der Weltwirtschaft entspricht. Eine Reihe von Staaten der USA sind — angeblich um ihren Industrien die Arbeit zu sichern —

auf dem Wege durch Verwaltungsmaßnahmen das einheitliche Wirtschaftsgebiet zu zerreißen.

Viele Staaten haben Verordnungen erlassen, nach denen Waren, die in den betreffenden Staaten zu gleichem Preis und gleicher Güte hergestellt werden wie in einem anderen Staate der Union, bei Bestellungen der Behörden bevorzugt werden sollen. Verbindlich ist diese Vorschrift in Kansas, Minnesota, Missouri, North Dakota, Oklahoma und Wisconsin.

In Colorado und Wyoming kann das heimische Material dabei sogar 5 Prozent teurer sein als das auswärtige. Für die Materialien zum Bau des Staats-Capitols von North Dakota gilt die gleiche Vorschrift. Sie wirkt in Colorado nicht anders als ein Zollschutz zum Beispiel für das dortige Eisen- und Stahlwerk, mit dem die auswärtigen Stahlwerke bei Behördenlieferungen kaum noch konkurrieren können. Zwischen Colorado und Wyoming ist auf diesem Gebiet sozusagen ein Zollkrieg ausgebrochen, da das Konkurrenzwerk in Wyoming durch die gleiche Vorschrift geschützt ist. Ohne gesetzlichen Zwang wird von den meisten übrigen Staaten praktisch ähnlich verfahren. Die meisten von ihnen verlangen bei Vergebung von Staatsaufträgen die Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte.

In ähnlicher Richtung wirken die Ursprungszeugnisse, die manche Behörden in den USA verlangen. Mitunter werden auch auswärtige Produkte etwas höher besteuert. Die lokalen Zeitungen machen sich vielfach zum Wortführer der

„Kaufe-im-Staat"-Bewegung.

Der Pittsburgher Herausgeber des „Iron Age", T. H. Gerken, hält allerdings diese Bestrebungen, auf Kosten von Nachbarstaaten dem eigenen Staate Arbeit zu verschaffen, in dem Augenblick für wirkungslos, in dem dieselbe Politik von den andern Staaten eingeschlagen wird.

Die gesetzgebende Körperschaft von Pennsylvania hat sogar eine Art verwaltungsprotektionistischer Meistbegünstigung vorgesehen, die für behördliche Aufträge Lieferungen aus Staaten verbietet, die ihrerseits die Verwendung pennsylvanischen Materials ablehnen. Wisconsin hat zum Schutze seiner Buttererzeuger eine hohe Steuer auf alle Butterersatzmittel beschlossen.

Die gleichen Einwände, die gegen den inneramerikanischen Verwaltungsprotektionismus gelten, können auch gegen die verwaltungsprotektionistischen Maßnahmen vorgebracht werden, die das „Iron Age" selber gegen die Verwendung billigen europäischen Stahls immer wieder empfiehlt. So erwähnt die gleiche Nummer des „Iron Age" lobend die Beschlüsse von New Jersey und Maryland, Auslandsmaterial, das mit geringen Frachtkosten in diese Staaten gebracht werden kann, nicht für Staatsaufträge zuzulassen.

•

Wenn die Regierungen weiter fortfahren, durch ihre Maßnahmen die Krise zu verschärfen, werden wir noch viele Beispiele des Zerfalls erleben. Aus der Werkstatt der Krisenmacher wird noch manche Ueberraschung hervorgehen. In der Stimmung des „Rette sich, wer kann" wird man auch innerhalb der europäischen Staaten eine weitere Verkleinerung der Wirtschaftsgebiete „erreichen". Die Parole: „Tiroler, eßt nur Tiroler Vieh!" wird ergänzt werden durch die Parolen: „Thüringer, brennt nur Thüringer Kohle!" — „Erfurter, tragt nur Erfurter Stiefel!" — „Weimarer, lest nur Weimarer Bücher!" H. H.

Ein Sachverständiger über Wirtschaftsführer.

Der Chefarzt einer Irrenklinik zu sechs in sonderbaren Stellungen vor ihm stehenden Patienten: „Ja, meine Herren, es tut mir leid, — ich muß Sie entlassen. Verglichen mit den Wirtschaftsführern sind Sie völlig normal."

(Nach dem „Simplizissimus".)

•

POLEN

Die Hauptkrisenmacher: Die kartellierte Industrie hält unverändert ihre Preise fest, die mit Ausnahme von Eisen um einige Prozent über den Preisen der Hochkonjunktur von 1928 liegen.

Staatshaushalt: Die Ausgaben für das am 1. April begonnene Haushaltsjahr sind auf 2½ Milliarden Zloty veranschlagt, während das Finanzministerium mit tatsächlichen Staatseinnahmen von höchstens 1950 Millionen Zloty rechnet. Irgendwelche Reserven sind nicht vorhanden.

Barometer des Vertrauens: Der Umlauf an Dollarnoten in Polen wird nach verläßlichen Schätzungen auf die Hälfte des Wertes der umlaufenden Zlotynoten bewertet. (Nach dem „Deutschen Volkswirt".)

SCHWEIZ

Zum Schutz des einheimischen Gemüse- und Obstbaus soll eine Kontingentierung der ausländischen Einfuhr auf Grundlage von etwa 70 Prozent der vorjährigen Einfuhr vorgenommen werden. Dadurch wird vor allem die Kirschenausfuhr von Baden nach der Schweiz betroffen.

BELGIEN

Kirschwürmer gegen Kirscheneinfuhr: Durch eine Verordnung vom 20. Mai wird die Einfuhr frischer Kirschen aus Deutschland, Frankreich und Italien abhängig gemacht von dem Ergebnis einer Untersuchung des belgischen Instituts für Pflanzenkrankheiten auf Vorhandensein von Kirschwürmern. Die Kosten der Untersuchung sollen die Importeure bezahlen. — Die Kirschwürmer werden sich also neben den Kartoffelkäfern in der Werkstatt der Krisenmacher als nützliche Tiere erweisen!

JAPAN

Neue Zölle: Der japanische Zollausschuß hat empfohlen, mehrere Warengattungen, die bisher auf der Zoll-Freiliste standen, einem Schutzzoll von 27 Prozent zu unterwerfen; für eine Reihe weiterer Artikel empfiehlt er eine Zollerhöhung um 35 Prozent. Die erwarteten Mehreinnahmen werden auf 16 Millionen Yen geschätzt. Eine Schätzung der Schäden, die durch die Zollerhöhungen herbeigeführt werden, fehlt natürlich!

DEUTSCHLAND

Statistik: Am 20. Mai ist die zwölfte Devisendurchführungsverordnung veröffentlicht worden. Sie dient zur „Ausfüllung der bestehenden Lücken" in der Devisenzwangsbewirtschaftung.